

**Erscheint**  
wöchentlich drei  
Mal und zwar  
Dienstags,  
Donnerstags und  
Sonntags.

**Inserate:**  
für den Raum  
einer  
einspaltigen Zeile  
1 Rgr.

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Einundzwanzigster Jahrgang.

**Abonnement**  
vierteljährlich  
12 Rgr.  
incl. Bringer-  
lohn.

**Dieses Blatt**  
ist auch  
für obigen Preis  
durch alle  
Postanstalten zu  
beziehen.

Bei mehrmaliger Aufgabe von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigebblattes.“

### Bekanntmachung.

Zur Ausführung der Bestimmungen in § 59 der Militär-Erfah-Instruction werden hierdurch alle diejenigen dem deutschen Reiche angehörigen, im Jahre 1854 oder früher geborenen männlichen Personen, welche

- 1) am hiesigen Orte geboren und aufhältig sind,
- 2) ohne allhier geboren zu sein, hier ihren ordentlichen bleibenden Aufenthalt haben,
- 3) ohne in hiesiger Gemeinde geboren zu sein und ohne daselbst ihren ordentlichen bleibenden Aufenthalt zu haben, sich hier vorübergehend als Beamte, Commis, Handwerksgehilfen, Fabrikarbeiter, Lehrlinge, Dienstboten u. s. w. aufhalten,

insgesamt, insoweit sie weder in das stehende Heer bereits eingetreten, noch durch Empfang eines besonderen Scheines von dieser Anmeldung entbunden sind, aufgefordert, innerhalb der Zeit

**vom 15. Januar bis 1. Februar dieses Jahres**

behufs Eintragung ihrer Namen in die Stammrolle bei dem Unterzeichneten Gemeindevorstande persönlich sich zu melden und zwar Diejenigen, welche sich zum ersten Male anmelden und nicht hier geboren sind, unter Vorzeigung ihres Geburtscheines, die Uebrigen unter Vorweis des bei der früheren Bestellung erhaltenen Ausloosungs- und Bestellscheines.

Militärpflichtige, welche während der obgedachten Frist vorübergehend hier abwesend, nach Obigem aber hier gestellungspflichtig sind, müssen von ihren Eltern, Vormündern, Prinzipalen, Dienstherrn u. s. w. angemeldet werden.

Blauenthal, am 15. Januar 1874.

**Dr. Carl Reichel,**  
i. v. Gemeindevorstand.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Berlin. Es ist von Interesse zu beobachten, wie weit die Urtheile des Auslandes über die dem Ausfall der deutschen Reichstagswahlen beizumessende Bedeutung von einander abweichen. In Frankreich hält man sich bei der Beurtheilung des Wahlergebnisses lediglich an die Thatsache, daß die ultramontane Partei bedeutend gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen ist und zieht aus dieser unbestreitbaren Thatsache die bedeutendsten Folgerungen für die deutsche Reichsregierung, deren Stellung man für tief erschüttert ansieht, vielleicht zum Theil, da ja den Franzosen Wünsche nur allzu leicht zu Hoffnungen und Ueberzeugungen werden, auch wirklich als erschüttert ansieht. Daß trotz der Erfolge der Ultramontanen die reichstreuen Elemente sich dennoch in weit überwiegender Mehrheit befinden, ignorirt man einfach, man verfährt nach der in Frankreich mit unübertrefflicher Vollkommenheit ausgebildeten Methode, sich die Thatsachen so zurechtzulegen, wie sie den französischen Wünschen am meisten entsprechen, unbekümmert darum, daß die Illusionen, denen man sich in Folge davon hingiebt, nur Frankreich selbst zum Nachtheil gereichen können, da es für einen Staat nichts Gefährlicheres giebt, als unausgesetzt mit eingebildeten Größen zu rechnen und sich in der Beurtheilung der Weltlage ganz von den phantastischen Eingebungen einer eben so ersünderischen wie krankhaften und fieberhaft erregten Einbildungskraft bestimmen zu lassen. Anders in England. Dort macht gerade die Thatsache, daß trotz aller Anstrengungen der Ultramontanen und trotz der ungünstigen Grundverhältnisse, welche das allgemeine Stimmrecht in katholischen Gegenden mit sich bringt, die Regierung mit einer starken Majorität aus dem Kampfe hervorgegangen ist, auf die öffentliche Meinung einen sehr entschiedenen Eindruck. Für abstracte Fragen und für die Irrgänge continentaler Rechtsverhältnisse ist der Engländer im allgemeinen wenig empfänglich, dagegen versteht er sich trefflich auf die Lehren, welche man sich auf dem Wahlplatze holt und weiß aus eigener Erfahrung, wie man Majoritäten zu beurtheilen hat. Die „Times“ bemerkt, es sei unvermeidlich gewesen, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen die Ultramontanen einige Vortheile davon trugen. Wenn aber zu einer Zeit, wo der Eifer der Ultramontanen aufs Höchste angefeuert war, und das ganze Gewicht von Süddeutschland in die Waagschale fiel, das Ergebnis des allgemeinen Stimmrechts eine

ministerielle Majorität von 40 bis 50 Stimmen ist, dann könne über die allgemeine Zustimmung, welche die Politik der Reichsregierung findet, kein Zweifel aufkommen. Uebrigens ist das Blatt allerdings der Ansicht, daß die ultramontane Partei hinreichend stark sei, um, falls in kritischen Augenblicken andere unverföhnliche Fractionen sich ihr anschließen sollten, der Regierung einige Verlegenheiten zu bereiten, und es scheine, als ob die Liberalen die Nothwendigkeit empfänden, Maßregeln zu treffen, um sich in Zukunft ein größeres Uebergewicht zu sichern. Das Blatt behauptet, erfahren zu haben, ohne jedoch die Quelle seiner Information anzugeben, daß sich mit wachsender Stärke die Ueberzeugung kund gäbe, daß Reichswahlrecht müsse nach dem preussischen System verändert werden, da man unruhig über die Macht werde, welche das allgemeine Stimmrecht den Massen verleiht. Es sei eine der Hauptschwierigkeiten der Politik des Fürsten Bismarck, daß er sich in seiner kirchlichen wie in seiner staatlichen Politik auf die Unterstützung der extremen wie der nationalen Parteien verlassen müsse, und er habe sich vielleicht über die Grenzen der Klugheit hinaus drängen lassen, als er eine so ausgedehnte Wahlberechtigung für den deutschen Reichstag einräumte.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Fürst Bismarck hat durch die Schlagfertigkeit, die er kürzlich im Abgeordnetenhaus nach allen Seiten hin entwickelte, namentlich aber gegen Lamarmora, wieder einmal gezeigt, daß er sich völlig gestärkt hat. Sein Erfolg war vollständig. Lasler sprach das Zeugnis der großen nationalen Mehrheit des Hauses aus und die Herren im Centrum werden sich nach der vorgestrigen Erfahrung hüten, noch einmal leichtfertig die Verläumdungen auswärtiger Pamphletisten auf die parlamentarische Tribüne Preußens zu bringen! Alles, was man hier und da über Bismarck's mißliche Stellung auszustreuen sucht, ist unbegründet. Im Ministerrath, im Landtage und im Reichstage, überall findet seine Politik im Wesentlichen Zustimmung. Wenn im Reichstage jetzt eine verstärkte Opposition zu erwarten ist, so bilden die Ultramontanen mit allen Reichsfeinden zusammengenommen doch immer nur eine Minderheit. Und es hat sich gezeigt, daß die Civilehe und die kirchenpolitische Gesetzgebung die Billigung des Kaisers gefunden haben. Die Versuche des Papstes und der ultramontanen Partei, zwischen dem Kaiser und seinem Reichskanzler Unfrieden zu säen, sind vergebens gewesen. Im Laufe der letzten Woche haben der Fürst und die Fürstin Bismarck zweimal im kaiserlichen Palais gespeist und der Kronprinz hat beim Fürsten gespeist und aus seinen